

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 11 und 20 - Lehrerbildung und zukünftige Finanzierung der Universität Flensburg

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. xxx.08 / 11.09.2008

Universität Flensburg nicht im Regen stehen lassen!

Das Handelsblatt vom 10. September titelt: „*Erneut schlechte Noten von der OECD – Die Bundesrepublik droht endgültig den Anschluss zu verlieren. [...] Andere Nationen investieren massiv in die Bildung, Deutschland aber spart. [...] 1995 gab Deutschland noch 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, 10 Jahre später waren es nur 5,1 Prozent. [...] Das politische Ziel von Bund und Ländern, die Akademikerquote auf 40 Prozent zu steigern liegt in weiter Ferne.*“

Ausgerechnet vor einem solchen Hintergrund gerät diejenige Hochschule in Schleswig-Holstein, die maßgeblich für die Lehrerbildung an den allgemeinbildenden Schulen Verantwortung trägt, in eine existenzielle Notlage.

In den Sommerferien wurde öffentlich, dass die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover das Akkreditierungsverfahren für den Bachelorstudiengang „Vermittlungswissenschaften“ ausgesetzt hat. Davon sind die jetzt im Wintersemester erstmals angebotenen Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen.

Die Agentur begründet dies mit der unzureichenden Personalausstattung der Universität. Dies ist nicht überraschend, denn wiederholt war im Bildungsausschuss seitens des Bildungsministeriums berichtet worden, dass die Kultusministerkonferenz für den Master bei den Grund- und Hauptschullehrern eine höhere Leistungsanforderung, d.h. ein umfangreicheres Studium erwartet, als es das Bildungsministerium in Flensburg genehmigt hat. Zum anderen haben die Antworten auf meine zahlreichen Kleinen Anfragen zur Finanzsituation der Universität Flensburg ergeben, dass diese deutlich schlechter ausgestattet ist als andere Hochschulen mit einem vergleichbaren Profil.

In den vergangenen beiden Legislaturperioden hat die rot-Grüne Landesregierung mit erheblichen Landes-, Bundes- und EU-Mitteln einen modernen Campus in Flensburg errichtet. Nun wurde aber in den letzten Jahren versäumt, endlich die Personalausstattung der drastisch vergrößerten Anzahl Studierender und dem erweiterten Aufgabenfeld anzupassen.

Wiederholt hat meine Fraktion in den Landtagsdebatten darauf hingewiesen, dass beispielsweise bei dem Wechsel der Lehramtsstudierenden für Realschulen und für Förderpädagogik von Kiel nach Flensburg nicht genug Planstellen von der Christian-Albrechts-Universität an die Universität Flensburg mitverlagert wurden.

Hinzu kommt aber noch ein viel gravierender Fehler: Die Universität Flensburg bildet Lehrkräfte für Schularten aus, die es in Zukunft zumindest in Schleswig-Holstein, aber auch in der Mehrheit anderer Bundesländer nicht mehr geben wird. Haupt- und Realschulen sind inzwischen in den meisten Bundesländern in neuen gemeinsamen Schularten zusammengefasst, in Hamburg und Schleswig-Holstein als Gemeinschafts- oder Stadtteilschulen führen sie sogar zum Abitur.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Skandal, dass die Koalition in Kiel nicht den Mut aufbringt, endlich eine Stufenlehrausbildung zu schaffen, die sich am Alter der Kinder anstatt an formalen Schulabschlüssen orientiert.

Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verkündet die Bildungsministerin als neues Schulparadigma, in Flensburg an der Universität hingegen gibt es nur Ausbildungsabschlüsse nach der alten ständischen Schulhierarchie. Gerade diejenigen Lehrenden und Forschenden, die sich in Flensburg für Schulreformen stark machen und die Zusammenarbeit mit Dänemark und anderen internationalen Hochschulen suchen, haben es besonders schwer.

In der Vergangenheit wurden gerade die internationale Ausrichtung und das moderne Studium der Vermittlungswissenschaften von der Bildungs- und Wissenschaftsbürokratie nicht ernst genommen. So unterblieb auch die dringend notwendige Einrichtung von Lehrstühlen für Schul- und Unterrichtsforschung, die angesichts der begonnenen Schulreform unverzichtbar ist und von der Zusammenarbeit mit Dänemark profitieren könnte.

Es ist einerseits erfreulich, dass sich die wirtschaftlichen Akteure im Norden eindeutig hinter die Universität Flensburg stellen, dass der Wissenschaftsminister allen Versuchen, die Universität zu einer pädagogischen Hochschule herabzustufen, entgegen tritt und immerhin auch sofortige Finanzspritzen zugesagt hat.

Doch dies reicht nicht aus. Ein paar Hunderttausend sofort und 3,1 Millionen für das Jahr 2009 können keinesfalls die angemahnten sieben Professuren und 13 Mitarbeiterstellen gewährleisten, die die Agentur gefordert hat. In seiner Mitteilung vom 02. September 2008 verweist das Wissenschaftsministerium darauf, dass die Verhandlungen noch laufen.

Um der Universität Flensburg in diesen Verhandlungen den Rücken zu stärken, aber auch das Bildungsministerium zu ermutigen, für die Lehrerbildung an der Uni Flensburg angemessene Bedingungen einzufordern, schließlich um die Schulreform zu befördern, stellen wir unseren Antrag.

Wenn die Landesregierung ihren gestern in den Haushaltsberatungen angekündigten Bildungsschwerpunkt ernst meint, so darf sie die Universität Flensburg nicht im Regen stehen lassen.

Für die Haushaltsberatungen im Landtag heißt dies, dass wir die Verpflichtung haben, für den Aushandlungsprozess zwischen Universität und Landesregierung einen angemessenen Rahmen bereit zustellen.
